

NIEDERSCHRIFT
der 8. öffentlichen Sitzung des Umweltausschusses am 10.03.2022

Teilnehmer:	siehe Anwesenheitsliste	Beginn:	17:00 Uhr
Ort:	Kulturhaus, Merseburger Straße 14, Weißenfels	Ende:	18:05 Uhr

Bestätigte Tagesordnung

- | | |
|-------|--|
| TOP 1 | Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des Ausschusses und der Beschlussfähigkeit |
| TOP 2 | Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung |
| TOP 3 | Einwohnerfragestunde |
| TOP 4 | Abstimmung über die Niederschrift der letzten Sitzung |
| TOP 5 | Informationen zum Stand der Aktion Bürgerbaum |
| TOP 6 | Diskussion zum Verbrennen von Grünschnitt |
| TOP 7 | Beantwortung von Anfragen |
| TOP 8 | Mitteilungen und Anfragen |

Nichtöffentlicher Teil

- | | |
|-------|---------------------------|
| TOP 1 | Mitteilungen und Anfragen |
| TOP 2 | Schließung der Sitzung |

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des Ausschusses und der Beschlussfähigkeit

Herr Spiegelberg eröffnet die Beratung. Die Ladung erfolgte ordnungsgemäß. Es sind 7 Stadträte und 3 sachkundige Einwohner anwesend. Damit ist der Umweltausschuss beschlussfähig.

2. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

Änderungsanträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt. Damit ist die Tagesordnung angenommen.

3. Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

4. Abstimmung über die Niederschrift der letzten Sitzung

Die Niederschrift der Sitzung vom 09.12.2021 wird mit 3 Enthaltungen der Stadträte und mit einer Enthaltung der sachkundigen Einwohner bestätigt.

5. Informationen zum Stand der Aktion Bürgerbaum

Frau Schellbach teilt mit, dass sie das von ihrem Dienstvorgänger erarbeitete Konzept „Bürgerbaum“ übernehmen wird und um die Dokumentation von Verfahrenshinweisen zur Kostenprüfung, der Standortsuche, der Auswahl der Bäume und deren Lieferanten sowie der fachlichen Prüfung der Belege ergänzt.

Die notwendige hausinterne Abstimmung zwischen den zu beteiligenden Fachbereichen steht noch aus.

Sie stellt in Aussicht, dass dem Umweltausschuss das Konzept vorgestellt werden wird. Darin werden Regelungen getroffen sein zu Spendenquittungen, Urkunden für die Spender, Gestaltung der Hinweise auf die Spender an den Bäumen (z.B. Plaketten, Tafeln) sowie Standorten für die Bürgerbäume.

Es ist auch zu klären, ob die Spender namentlich benannt werden oder ob sie einen Hinweis auf ein Geburts- oder Hochzeitsjubiläum anderer Personen geben, für die gespendet wird und deren Namen oder Initialen dann auf einem Schild am Baum steht.

Vorschläge für Flächen, die sich für die Aktion eignen, können jederzeit an den Fachbereich IV herangetragen werden.

Die Kosten für eine Baumspende beginnen bei ca. 800,00 Euro je nach Baumart und beinhalten neben dem Pflanzgut auch die Pflanzung und die Anpflanzungspflege.

Auch muss geklärt werden, ob mehrere Kleinspenden zusammengefasst werden können, um damit einen Bürgerbaum zu finanzieren.

Herr Spiegelberg schlägt vor, freie Flächen daraufhin zu prüfen, ob diese sich für das Pflanzen von Bürgerbäumen eignen.

Frau Schellbach wird den Umweltausschuss zukünftig regelmäßig über den Stand der Aktion Bürgerbaum informieren.

Derzeit sind die personellen und materiellen Ressourcen eingesetzt zur Beseitigung der weitreichenden Sturmschäden. Hier sind schon einige Nachpflanzungen erfolgt. Da kaum eine Kommune von Sturmschäden verschont war, macht die hohe Nachfrage nach Pflanzgut die Beschaffung und die zeitnahe Nachpflanzung zum Ausgleich der Schäden schwierig.

Ein wichtiger Faktor ist nach Aussage von Frau Schellbach auch, dass vermeintlich freie Flächen gemeinsam mit dem Fachbereich III hinsichtlich geplanter städtebaulicher Vorhaben zu überprüfen sind. Auch sind nicht alle freien Flächen von der Bodenbeschaffenheit her für die Bepflanzung mit Bäumen und Sträuchern geeignet.

Herr Klitzschmüller berichtet von Ersatzpflanzungen, die er selbst schon geleistet hat. Dabei wurden ihm die Fläche und die geeignete Baumart benannt.

Nach seinem Vorschlag sollte ein Kataster geführt werden, so dass bei dort eingetragenen Baumschäden und Fällungen direkt vor Ort Neupflanzungen vorgenommen werden können.

Hier verweist Frau Schellbach auch auf den Unterschied bei der Bewirtschaftung von städtischen Grünflächen oder Waldflächen, die teilweise im Besitz des Landes Sachsen-Anhalt sind. Hier erfolgen regelmäßig Nachpflanzungen, um den Wald-Baum-Bestand zu erhalten.

Herr Walther möchte wissen, wann die vom Stadtrat bereits vor einiger Zeit beschlossene Maßnahme mit Pflanzplan für einen Grünstreifen im Röntgenweg in der Nähe der ehemaligen Verkaufshalle „Teppichfreund“ umgesetzt wird.

Herr Patzschke wirbt wohlwollend für eine Maßnahme benachbarter Landkreise, wo entlang der Radwege für alle gut sichtbar Bäume gepflanzt wurden, die als Bürgerbaum durch die Plaketten mit Namen der Spender erkennbar sind.

Von Herrn Spiegelberg wird ergänzend vorgeschlagen, dass seitens der Ortschaftsräte Vorschläge zu Radwegen in ihren Ortsteilen unterbreitet werden, die sich für diese Art der Wegebepflanzung eignen könnten.

Herr Spiegelberg hält es im Hinblick auf die am Kreisverkehr Friedrichstraße in Weißenfels gefällte alte Weide auch für wichtig, große alte Bäume an markanten Plätzen im Blick zu behalten, um hier im Fall der notwendigen Fällung ein Konzept für die Flächengestaltung und Neubepflanzung zu haben.

Herr Klitzschmüller vertritt den Standpunkt, dass die Frage der Eigentumsverhältnisse freier Flächen unbedingt zu klären ist.

Am Beispiel Waisenholz zeigt sich, dass zwischen dem Flächeneigentümer Land Sachsen-Anhalt und den Bürgern der Stadt unterschiedliche Auffassungen der Baum- und Flächenpflege bestehen.

Die Aufforstung ist über Jahre erfolgt, aber wer pflegt nun den Bestand?

Hierzu verweist Frau Schellbach auf den Beitritt zur Forstbetriebsgemeinschaft Dreiländereck, um hier Hilfe und Unterstützung zu erhalten. Der Zusammenschluss bietet auch die Möglichkeit, durch gemeinsame Großabnahme von Pflanzgut günstige Preise dafür erzielen zu können.

Die Übersicht des Baumbestandes wird derzeit aktualisiert. Sie ist eine wichtige Grundlage für die Einhaltung der Verkehrssicherungspflicht der Stadt, insbesondere an Kindergärten, Schulen und auf öffentlichen Wegen.

Herr Spiegelberg fasst die Diskussion abschließend zusammen und bringt seine Erwartung dahingehend zum Ausdruck, dass in der nächsten Sitzung anschauliche Informationen hinsichtlich des aktuellen Baumbestandes sowie von geeigneten Flächen für die Aktion Bürgerbaum erfolgen werden.

Frau Zwirnmann sieht den Baumbestand entlang der Saale als schützenswert an. Es besteht eine große Verantwortung zur Pflege des Bestandes. Sie möchte wissen, wem die Flächen gehören.

Da die Aufarbeitung der Flächenverzeichnisse und Baumbestände noch andauert, wird Frau Schellbach zu den dortigen Eigentumsverhältnissen später Auskunft geben können.

Frau Schellbach teilt mit, dass derzeit 3 finanzielle Zuwendungen auf dem Spendenkonto der Aktion Bürgerbaum eingegangen sind, die für die Pflanzung eines Baumes ausreichen. Dieser Stand könnte sich nach ihrer Ansicht ändern, wenn das Konzept den Bürgern bekannt ist und öffentliche Werbung für die Aktion gemacht wird.

Falls die Resonanz weiter so verhalten bleibt, dann sollte nach Ansicht von Frau Schellbach direkt vom Spender ein Vorschlag zum gewünschten Standort eingeholt werden. Flächen zu reservieren, die möglicherweise mangels Spendengeldern nicht zeitnah mit Bürgerbäumen bepflanzt werden können, ist nicht zielführend im Hinblick auf die gewünschte Begrünung und Gestaltung freier Areale.

Herr Ziegler vertritt erneut den Standpunkt, dass Pläne für Flächenbegleitgrün nur umgesetzt werden können, wenn die Eigentumsverhältnisse der Flächen geklärt sind. Nach seiner Erfahrung sind an Feldwegen und Radwegen bereits Nachpflanzungen erfolgt, aber der unbändigen und teilweise über die Grundstücksgrenzen hinaus erfolgten Bewirtschaftung landwirtschaftlicher Flächen zum Opfer gefallen.

Um der Idee von Herrn Patzschke folgend Bürgerbäume an Rad- und Feldwegen pflanzen zu können, sind Maßnahmen zur Feststellung der tatsächlichen Flächenbegrenzungen unerlässlich.

Es sollten strafrechtliche Schritte eingeleitet werden, um Umweltfrevel zu ahnden.

Frau Schellbach ist diese Problematik bekannt und sie verfolgt das Ziel, in Zusammenarbeit mit den anderen städtischen Fachbereichen und weiteren zuständigen Behörden die Aufarbeitung der Flächenverzeichnisse abzuschließen.

Fehlerhaft ausgewiesene oder mündlich geänderte Pachtverträge haben über lange Zeiträume dazu geführt, dass öffentliche Flächen für unberechtigte Bewirtschaftung genutzt wurden. Die genaue Flächenbemessung, das Setzen von Grenzsteinen sowie die Ausstattung von Landwirtschaftsmaschinen mit GPS-Sendern, welche die Grundstücksgrenzen erkennen, soll zukünftig verhindern, dass öffentliche Wege weiterhin unrechtmäßig überackert werden oder die Neupflanzungen Schaden nehmen.

Auf die Frage von Herrn Walther nach einem Ausgleichsflächenregister teilt Frau Schellbach mit, dass bei Vorliegen einer Anordnung von notwendigen Ausgleichspflanzungen ein aktuell geeigneter Standort geprüft wird.

Die Schäden an Bepflanzungen neben Feldrainen und Radwegen durch die Landwirtschaft bestätigt auch Herr Walther und äußert sein Unverständnis darüber, dass die zuständigen Behörden dies nicht ahnden.

Frau Schellbach sieht die Probleme in den Zuständigkeiten unterschiedlicher Behörden sowie der unzureichenden Vernetzung untereinander.

Zum Abschluss bittet Herr Spiegelberg alle, dem Fachbereich IV Mitteilungen über Umweltfrevel hinsichtlich Beschädigung von Anpflanzungen zukommen zu lassen, damit eine umgehende Prüfung erfolgen kann.

Die Auswertung eingegangener Schadenmeldungen erwartet Herr Spiegelberg im Umweltausschuss.

6. Diskussion zum Verbrennen von Grünschnitt

Frau Schellbach teilt mit, dass die Ergebnisse der Diskussionen in den Ortschaften noch auszuwerten sind mit dem Ziel, eine einheitliche Lösung zu schaffen.

Frau Zwirnmann äußert ihr Unverständnis darüber, dass diese Problematik seit einiger Zeit Ausschüsse beschäftigt und seitens der Stadt noch immer nicht der verabredete Kontakt zum Landkreis aufgenommen wurde.

Die Diskussion in den Ortschaften ohne Aussage zu tatsächlich möglichen Alternativen hält sie für nicht zielführend.

Herr Patzschke bezieht sich auf den von seiner Fraktion gestellten Antrag, die Verwaltung zu beauftragen, Kontakt mit dem Burgenlandkreis hinsichtlich der Änderung der Verbrennungsverordnung aufzunehmen und Alternativen zu ermitteln.

Der Antrag wurde in den Umweltausschuss verwiesen und dort mit gleichlautender Empfehlung beraten, Gespräche mit dem Landkreis zu führen.

Diese Empfehlung wurde bisher seines Wissens nach nicht umgesetzt. Stattdessen erfolgt die Diskussion weiter in den Ortschaften.

Herr Klitzschmüller empfiehlt, das Thema im Hauptausschuss aufzugreifen und dort einen Beschluss zur Beauftragung der Verwaltung herbeizuführen, dass Kontaktaufnahme zum Landkreis aufgenommen und die Thematik dort zielführend besprochen wird. Die daraus entstehenden Alternativen sollten dann in den Ortschaften beraten werden.

Frau Schellbach wird die weitere Vorgehensweise hinsichtlich der Kontaktaufnahme zum Landkreis mit dem Oberbürgermeister besprechen.

Sie verweist auf die positive Resonanz zu der im letzten Frühjahr durchgeführten Containeraktion in den Ortschaften und Ortsteilen zur Abholung von Grünschnitt. Diese Aktion war sehr kostenintensiv und kann aus finanziellen Gründen von der Stadt nicht wiederholt werden. Da die Abholung von Grünschnitt auch nicht Aufgabe der Stadt ist, wird mit kritischen Fragen der Kommunalaufsicht zu rechnen sein, wenn Mittel dafür im städtischen Haushalt eingeplant werden.

Als weitere Möglichkeit schlägt Herr Klitzschmüller die Kontaktaufnahme mit dem Kompostwerk hinsichtlich einer Prüfung zur Abholung großer Mengen Grünschnitt vor. So könnte den Bürgern Entgegenkommen gezeigt werden, die es logistisch nicht leisten können, ihr Schnittgut zum Wertstoffhof zu bringen. Das Kompostwerk ist nach seiner Erweiterung auf ausreichende Auslastung angewiesen.

Herr Ziegler ist davon überzeugt, dass die Thematik zwingend mit allen Beteiligten, so neben dem Landkreis auch der für das Kompostwerk zuständigen Abfallwirtschaft Sachsen-Anhalt Süd und der Stadtverwaltung zu führen ist. Seitens der Abfallwirtschaft sind wohl schon Bemühungen angestrengt worden, Transporte großer Mengen Grünschnitt von Privathaushalten abzutransportieren und diese zu lagern.

Gemeinsam formulieren Herr Klitzschmüller und Herr Patzschke den Vorschlag an den Hauptausschuss:

Das Thema verbrennen und entsorgen von Grünschnitt soll im Hauptausschuss besprochen werden mit dem Ziel, dass die Verwaltung beauftragt wird, den Umweltausschuss darüber zu informieren, was bisher seitens der Verwaltung zur Klärung unternommen wurde.

Abstimmung zum vorgenannten Vorschlag:

Stadträte:	dafür: 7	dagegen: 0	Enthaltung: 0
Sachkundige Einwohner:	dafür: 3	dagegen: 0	Enthaltung: 0

7. Beantwortung von Anfragen

Es liegen keine schriftlichen Beantwortungen von Anfragen vor.

8. Mitteilungen und Anfragen

Herr Klitzschmüller stellt an den Fachbereich IV die Anfrage, ob es zwingend nötig ist, dass Laubbläser mit Verbrennungsmotor zum Einsatz kommen müssen.

Die hohe Feinstaubbelastung und enorme Lautstärke sind in Relation zum Ergebnis kontraproduktiv.

Herr Walther berichtet über die Ansiedlung von aasfressenden Möwen im nördlichen Teil von Weißenfels, so auch im Robert-Koch-Weg und führt dies auf nicht ausreichend abgedeckte Abfallbehälter der Firma Tönnies in der Schlachthofstraße zurück.

Der Notwendigkeit zur Schaffung des interkommunalen Gewerbegebietes an der B91/A9 in der geplanten Dimension steht Herr Walther kritisch gegenüber.

Herr Walther schlägt dem Umweltausschuss vor, die Bildung eines Klimabeirates zu diskutieren. Seitens der Stadt wurde die Besetzung der Stelle eines Klimaschutzbeauftragten in Aussicht gestellt. Hier sollte der Stand der Stellenbesetzung hinterfragt werden.

Angesichts steigender Energiepreise sieht es Herr Walther als wichtige Aufgabe des Umweltausschusses an, sich zu weiteren Windparkflächen und Photovoltaik-Anlagen auf den Dächern städtischer Gebäude zu positionieren.

Herr Walther sieht angesichts steigender Anzahl von Radfahrern den Dialog mit der Stadt um den Bau und die Erhaltung von Radwegen als überfällig an. Der Umweltausschuss sollte auch die von ihm bereits angesprochene Diskussion um die Schaffung einer autofreien Innenstadt aufgreifen.

Die von Herrn Walther ausführlich unterbreiteten Themenvorschläge für den Umweltausschuss werden der Niederschrift beigelegt.

Nichtöffentlicher Teil

1. Mitteilungen und Anfragen

Es gibt keine Mitteilungen und Anfragen für den nichtöffentlichen Teil.

2. Schließung der Sitzung

Der Vorsitzende schließt die Sitzung.

Marcus Spiegelberg
Vorsitzender

Heike Bechmann
Protokollführerin